Kurz und bündig

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **95 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kurz und bündig

Aus für Beschwerderechtsgegner

Am 22. Juni hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Hans Fehr (SVP, Zürich), welche das Verbandsbeschwerderecht für Heimat-, Natur- und Umweltschutzorganisationen abschaffen wollte, mit 102 zu 69 Stimmen deutlich abgelehnt. Es ist zu hoffen, dass dieses in den letzten Jahren von Fehr und andern Parlamentariern mehrmals aufgegriffene und gescheiterte Ansinnen damit für längere Zeit vom Tisch ist, zumal die Beschwerdegegner bisher mehr durch unhaltbare Polemiken als durch überzeugende Argumente in Erscheinung getreten sind.

Heimatschutz-Erfolge

Der Luzerner Schweizerhofquai wird nicht neu gestaltet (siehe «Heimatschutz» 2/00). Die Stimmbürger der Reussstadt haben ein entsprechendes Projekt im Aufwand von 4,6 Millionen Franken mit 11 367 zu 10 512 abgelehnt. In Lugano hat der Souverän mit 3182 zu 2810 Stimmen eine Initiative verworfen, welche eine Schutzklausel im Bebauungsplan um das seit 30 Jahren leerstehende «Palace» aufheben wollte. Nun soll darin ein Kultur- und Geschäftszentrum entstehen, und die Fassaden des legendären Hotels bleiben erhalten. Schliesslich haben die Winterthurer(innen) mit 21 839 Ja gegen 7946 Nein dem Verkauf des ehemaligen Stadttheaters an eine Künstlergruppe um den Kabarettisten Viktor Giacobbo deutlich zugestimmt. Die Gruppe will das historische Gebäude sanft renovieren und als Kabarett-Zentrum nutzen. In allen drei Fällen waren in wichtigen Phasen Heimatschutz-Sektionen engagiert.

Appetit auf alte Hotels

Unter der Federführung der Luxemburger Richemond Hotels Holding hat eine Gruppe von Industriellen aus Frankreich, Belgien und der Schweiz sechs Schweizer Luxushotels zusammengekauft, worunter architektonisch bedeutsame Bauten. Begonnen hatte der Einkaufsbummel mit dem Hotel «Richemond» in Genf. Danach war das «Dreikönige» in Basel an der Reihe, das auf das 11. Jahrhundert zurückgeht und das älteste Hotel Europas ist. Es folgten der «Schweizerhof» in Bern, der Bürgenstock-Komplex am Vierwaldstättersee, das «Royal-Savoy» in Lausanne und zuletzt das Hotel Sheraton Atlantis in Zürich. Die Gruppe will die Gebäude mit über 100 Millionen Franken modernisieren und deren Gesamtkapazität von 800 auf 1000 Zimmer erhöhen. Geführt werden sollen die Hotels von einer schweizerischen Gesellschaft.

BRP mit neuem Chef

Der Bundesrat hat den seit drei Jahren an den ETH Lausanne und Zürich wirkenden Professor Pierre-Alain Rumley zum Direktor des neuen Bundesamtes für Raumentwicklung gewählt. Der 50-jährige Neuenburger Sozialdemokrat hat ursprünglich Geographie studiert und ein Nachdiplomstudium in Raumplanung absolviert, wurde dann Regionalsekretär des Val-de-Travers und war von 1985 bis 1997 Chef des Raumplanungsamtes des Kantons Neuenburg. In Bern löst er den bereits nach 18 Monaten wieder aus dem Bundesamt für Raumplanung geschiedenen und in die Privatwirtschaft eingestiegenen Ueli Widmer ab. Seit 1. Juni ist übrigens die Raumplanung dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation von Bundesrat Moritz Leuenberger unterstellt, wo das Amt zusätzliche Aufgaben in den Bereichen Verkehr, Alpenkonvention und nachhaltige Entwicklung übernommen hat und Bundesamt für Raumentwicklung heisst.

Landschaftsrappen gekürzt

Auf Mitte Juli ist eine revidierte Bundesverordnung für die Abgeltung von Verzichten auf Wasserkraftnutzung in Kraft getreten. Im Mittelpunkt steht eine von 50 auf 25 Prozent des entgangenen Wasserzinses gesenkte Entschädigungspauschale, eine Preisreduktion für niederwertige Energie von 10 auf 6 Rappen pro Kilowattstunden und eine neue Berechnungsformel für die Realisierungschancen von Kraftwerkprojekten. Die jährlich für den Landschaftsschutz zur Verfügung stehenden Mittel werden statt 2,3 nur noch 1,8 Millionen Franken betragen.

Katastrophales Moratorium

Der Zürcher Kantonsrat hat eine von SVP-Seite eingebrachte und vom Regierungsrat als bundesgesetzwidrig abgelehnte Motion für einen zehnjährigen Vollzugsstopp für neue Landschaftsschutzmassnahmen mit 83 gegen 76 Stimmen in ein Postulat umgewandelt und überwiesen. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz hält dies für einen «katastrophalen Fehlentscheid und ein Eigentor kapitalen Ausmasses». Ein Landschaftsschutzstopp sei nicht nur krass bundesrechtswidrig, sondern würde auch die ökologische Agrarreform zu Grabe tragen.

Mobil machen

Landschaftsschutz wird offensiv

Angesichts widersprüchlicher politischer Signale und der Tatsache, dass der Landschaftsschutz in die Defensive geraten und der Umweltschutz von der Traktandenliste des Parlaments verschwunden sei und zudem immer mehr Deregulierungen um sich greifen, will die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz in nächster Zeit mit provokativen Vorschlägen hervortreten und darüber eine öffentliche Diskussion auslösen. Mit einer neuen Raumplanungsstrategie soll der Verbrauch noch unverbauten Bodens gebremst werden. Zudem seien die Kompetenzen des Bundes in den Bereichen Umweltschutz, Raumplanung und Baurecht zu harmonisieren, Bundeserlasse auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen, die Subventionstätigkeit streng zu kontrollieren, die überregionale Standortplanung zu verstärken, für kommunale Nutzungs- und kantonale Richtpläne das Verbandsbeschwerderecht einzuführen und weitere Schutzgebiete festzulegen.